

(GR.12.85-1) Verfassung des Kantons Aargau, Änderung; Gesetz über die Nutzung des tiefen Untergrunds und die Gewinnung von Bodenschätzen (GNB); 2. Beratung; Eintreten, Detailberatung und Schlussabstimmung; Volksabstimmung (Kantonsverfassung); fakultatives Referendum

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 28. März 2012.

Namens der vorberatenden Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV) referiert deren Präsident, Martin Keller, Obersigenthal. Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss den regierungsrätlichen Anträgen.

Eintreten

Stillschweigend treten die Fraktionen der Grünen, SP, GLP, EVP, und FDP auf die Vorlage ein.

Für die übrigen Fraktionen referieren: SVP, Gusti Ungricht, Bergdietikon, und CVP-BDP, Kurt Wiederkehr, Baden.

Für den Regierungsrat nimmt Baudirektor Peter C. Beyeler Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Verfassung des Kantons Aargau

I., § 55 Abs. 1, II., III., IV.

Zustimmung

Gesetz über die Nutzung des tiefen Untergrunds und die Gewinnung von Bodenschätzen (GNB)

Titel und Ingress, I., §§ 1–24, II. EG Umweltrecht § 15 Abs. 2 und 3 (neu), III. 1. Aufhebung Erlass SAR 671.600, 2. Aufhebung Erlass SAR 671.611, IV.

Zustimmung

Schlussabstimmung

Antrag 1 wird mit 108 gegen 9 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 2 wird mit 108 gegen 8 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss

1.

Der vorliegende Entwurf einer Änderung der Verfassung des Kantons Aargau wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

Versand:

2.

Der vorliegende Entwurf eines neuen Gesetzes über die Nutzung des tiefen Untergrunds und die Gewinnung von Bodenschätzen (GNB) wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

Obligatorische Volksabstimmung

Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung gemäss § 62 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung.

Fakultatives Referendum

Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung. – Die Staatskanzlei wird mit der Publikation im Amtsblatt beauftragt.

Protokollauszug

- Departement Bau, Verkehr und Umwelt
- (3) Staatskanzlei (Volksabstimmung/fakultatives Referendum/Gesetzessammlung)
- Rechtsdienst des Regierungsrats (Redaktionskommission)
- Parlamentsdienst

Präsidentin

Ratssekretär